

66. Protokoll Treffen Beteiligungsgremium (BG) im Gebietsteil Sonnenallee

Datum: 24.06.19, 19:00 Uhr – 22:00

Ort: Bezirksamt Neukölln, Cigli-Zimmer (Raum 104)

Teilnehmer:

Mitglieder des Beteiligungsgremium Sonnenallee: Herr Papamichail, Frau Coordts, Herr Große Inkrott, Herr Küstner, Herr Däumel.

Gäste: Frau Schmid, Anwohnerin; Herr Weller, Anwohner; Frau Fuchs, Anwohnerin; Herr Ring, Anwohner; Frau Willig, Gast; Frau Seifert, Gast; Herr Bente, Gast; Frau Haller, Gast; Frau Szakonyi, Gast; Herr Bahr, Bund-Berlin; Frau Ritter, Gast; Herr Scheele, Anwohner; Herr Kude, Anwohner; Frau Heibter, Anwohnerin; Herr Seitz, Anwohner; Herr Bogner, Anwohner; Frau Meifarth, Anwohnerin; Herr Obergfell, Anwohner; Frau Schmidt, Schmetterlingswiese; Herr Kleinert, Mietervertreter; Herr und Frau Maier, Anwohner; Frau Dresel-Maier, Anwohnerin; Frau Konrad, ELWE 44; Herr Knopp, Anwohner; Frau Kovacosky, Kiehlufer 61.

Gäste Bezirksamt Neukölln: Herr Hikel, Bezirksbürgermeister; Herr Groth, Leiter Stadtplanungsamt; Herr Voskamp, Bezirksamt Neukölln; Herr Fellhölter, Bezirksamt Neukölln, Frau Hokema, Bezirksamt Neukölln.

Gäste Dienstleister: Frau Schmiedeknecht, Herr Fritz, BSG mbH

Herr Papamichail begrüßt die Anwesenden. Die Vertreter des Bezirksamtes, der BSG und der gewählten Mitglieder des BG stellen sich vor.

Wahl der Aufgaben: Moderation: Herr Küstner; Protokoll: Herr Knopp

TOP 1 Protokoll und Abstimmung der Tagesordnung

Wegen der begrenzten Zeit wird die vorliegende TO von insgesamt 9 auf 5 TOPs reduziert. Folgende TOPs werden vertagt:

- Abstimmung der Protokolle von April und Mai
- TOP 2 Finanzielle Ressourcen und wie man sie beschafft/ Kriterien der Mittelverwendung
- TOP 8 Vorlage der Bauverträge mit der Firma StraBe/ Bericht über mögliche Konzessionsstrafen
- TOP 9 Stellungnahme des Bürgermeisters zu den Rodungen und zu dem Brief „Beschwerde über die Nicht-Anwendung der AV“ vom 21. April 2019

Beschluß: Der TOP „Beantwortung der Fragen, die an das Stadtentwicklungsamt eingereicht wurden“ wird in eine Arbeitsgruppe ausgelagert. Bis auf Weiteres wird die Arbeitsgruppe GO die Weiterführung dieser Thematik übernehmen.

Herr Groth ist der Auffassung, bereits alle Fragen beantwortet zu haben. Die BG Teilnehmer haben jedoch weiteren Gesprächsbedarf. Herr Groth bittet darum, weitere Anfragen hierzu an ihn schriftlich einzureichen.

Es wird kritisiert, dass die Einladung zu dieser Sitzung durch die BSG entgegen der bisherigen Praxis und der Absprache in der letzten Sitzung nur an gewählte Teilnehmer des BG erfolgte, nicht aber an die regelmäßig teilnehmenden Gäste, die sich eigens dafür auf einer Emailliste eingetragen haben. Frau Schmiedeknecht (BSG) begründet die Vorgehensweise mit der fehlenden GO.

Herr Fritz informiert, dass ein Emailverteiler bei Posteo unmittelbar vor Vollendung steht und an alle, die sich in die heute ausliegende Emailliste eintragen, Einladungen zur Teilnahme an dem Verteiler verschickt würden. Einladungen zu Sitzungen würden dann an alle Teilnehmer des Verteilers versendet.

Beschluß: Es wird beschlossen, dass zukünftig alle Personen (auch Gäste), die auf der Emailliste stehen, zu Sitzungen des BGs eingeladen werden.

TOP 2 Fledermaushort und Pflanzenauswahl/Kosten Pflanzworkshop

Frau Schmiedeknecht berichtet, sie hätte sich beim Umweltamt erkundigt. Der Ort des angeblich durch Fällung zerstörten Fledermaushortes war ihr unbekannt. Ein maroder, von Ratten bevölkerter Baum wurde gefällt. In diesem Baum lebten in den letzten 3 Jahren nachweislich keine Fledermäuse.

Zu den Kosten für den Pflanzenworkshop berichtet Frau Schmiedeknecht, dass es keine Extrakosten über das gegebene Sanierungsbudget hinaus gegeben hat.

Beschluss: Das BG wünscht sich eine Kostenaufstellung über den Pflanzenworkshop vorgelegt zu bekommen (mit 7:6 Stimmen und 9 Enthaltungen angenommen).

Herr Groth kündigt an, dass das BG aufgrund des Beschlusses keine Kostenaufstellung erhalten wird. Es gäbe keine Rechtsgrundlage dafür.

TOP 3 Stellungnahme von Herrn Voskamp zum Wunsch des BG, das Stadtgrün zu erhalten. Vorstellung von Alternativen zur Rodung und Beantwortung der vorgelegten Fragen zur Regenwasserbewirtschaftung.

Herr Voskamp erklärt, Regenabwasseranlagen werden nach dem Arbeitsblatt DWA A 138 der Deutsche Vereinigung für Abwasserwirtschaft designed. Wegen der gewollten Barrierefreiheit des Uferweges ergibt sich ein Zwang zur Entwässerung. Regenwasser von Verkehrsflächen darf nicht in die Kanalisation oder den Kanal eingeleitet werden. Es muss versickert und durch eine belebte Oberbodenzone gefiltert werden. Der günstige Versickerungsbeiwert von $KF=10^{-5}$ ermöglicht die Anlage von Mulden und macht Rigolen unnötig. Die in der Anfrage behauptete Muldenbreite von 10-15% in Bezug auf die angeschlossene Wegbreite ist nicht richtig. Mulden haben eine Fläche von 20-40% der angeschlossenen Fläche. Das wird eingehalten, die geplante Muldenfläche beträgt 25%. Zur Berechnung wurde von 12-13h Stauwasser in Mulden ausgegangen und von einer Anstautiefe nicht von 30 sondern 12-15 cm. Der Beiwert der Wege beträgt 0,5-0,7 Regenwasseranteil, der von der

Fläche abgeleitet wird. Daraus ergibt sich im Bauabschnitt Ost eine Muldenbreite von 2,4m und im Bauabschnitt West werden die Grünstreifen von 2,60m Breite, davon sind 1,60m Mulde und 80cm bepflanzbar. Berücksichtigt wird ein Starkregen in 5 Jahren, Regenwerte sind beim DWD erhältlich. Die begrünte Fläche nimmt im Gesamtbereich durch die Sanierung nicht ab. Er gibt aber zu, dass das Volumen an Grün rapide abnimmt. Berechnungen über die Abnahme an Grünvolumen gibt es nicht. Das neu geschaffene Grün wird sich aber entwickeln und von der Wasserzufuhr profitieren.

Herr Knopp gibt zu bedenken, dass mehr als nur der ursprüngliche Uferweg versiegelt wird. Dadurch ist die zu entwässernde Fläche größer als die Fläche des ursprünglichen Uferweges. Die Versickerungsflächen sind in der Summe hingegen kürzer als der ursprüngliche Grünstreifen. Würde man nur den Uferweg barrierefrei machen und den Grünstreifen beibehalten, wäre die versiegelte Fläche kleiner und ein längerer Grünbereich stünde für Versickerung zur Verfügung. Die Mulden könnten schmaler sein.

Er fragt nach Sickergrubenberechnungen unter der Annahme, dass alleine der bestehende Uferweg saniert und entwässert werden muss. Nach seiner Information ist bei Talsanden im Untergrund 10-15% Muldenbreite ausreichend bezogen auf die Wegbreite, Rigolen bräuchten >10% der Wegbreite. Somit hätte man den Grünstreifen stehen lassen können und eine Versickerungsmulde von ca. 30 cm entlang des Grünstreifens anlegen können. Nach seiner Information könnten Gehwege bei ausreichender begleitender Grünfläche sogar ohne Mulden in der Fläche entwässert werden.

Herr Voskamp erklärt, dass die Entwässerungsvorschriften für alle Verkehrsflächen gelten, also für Straßen und Gehwege gleichermaßen. Eine Berechnung ohne Wegerweiterungen hat er nicht vorgenommen. Er bezweifelt aber, dass dabei nicht auch eine Entwässerungserfordernis herauskommt. Auf die Rodung könne nicht verzichtet werden.

Die Frage von Teilnehmern, warum so sehr an den bestehenden Plänen festgehalten wird, ob die vertragliche Bindung an Bauaufträge einer alternativen Lösung entgegensteht und welche Kosten entstehen würden antwortet Herr Voskamp, dass die Kündigung der Bauverträge spekulativ sei. Er wird sie nicht beantworten.

Herr Voskamp verweist auf unterschiedliche Ansätze der Stadtplanung. Es hätte im Wesentlichen keine Änderungen mehr nach 2017 gegeben, als die Pläne vorgestellt wurden.

Auf die Frage von Frau Schmidt warum Baumscheiben mit Split ausgefüllt wurden, erläutert Herr Fellhölter, dass seit ca. 10 Jahren Granitsplit in einer Stärke von 8cm verwendet wird, um eine bessere Versorgung der Bäume mit Wasser und Luft zu gewährleisten und Verdichtung zu verhindern. Nach 3-4 Jahren seien die Baumscheiben mit dem Split bepflanzbar (Verweis auf Baumscheibenflyer).

TOP 3 Stellungnahme des Bürgermeisters zu den Rodungen und zu dem Brief „Beschwerde über die Nicht-Anwendung der AV“ vom 21. April 2019

Herr Hickel äußert Verständnis für die geäußerten Verunsicherungen und Befürchtungen der Anwohner, die er und das BA teilen würden. Auch die Mitarbeiter vom SGA würden nur ungerne Grünflächen und Habitate wegnehmen. Die vielen individuellen Rückmeldungen hätten niemand

kaltgelassen. Daher wurden Prämissen überprüft, und ob Rodungen nötig sind. Die Prämissen sind jedoch nicht zu ändern. Die Planung von wenigem Strauchwerk war jedoch nicht zeitgemäß. Obwohl viele Bürger auch freie Sicht auf das Wasser wünschten, soll die Artenvielfalt wiederhergestellt werden und ein Ausgleich geschaffen werden. Ursprünglich waren 0 Sträucher geplant. Jetzt werden 138 Sträucher im gesamten Rodungsbereich wiedergepflanzt. Weitere Ausgleichsflächen sind möglich, z.B. Richtung Weichselplatz und Treptower Str., bei deren Bepflanzung das BG hinzugezogen werden soll. So solle der alte Zustand möglichst weitgehend wieder hergestellt werden. Herr Hickel bittet um Unterbrechung zwecks Ansicht der neuen Planung auf vorbereiteten Schautafeln.

Herr Küstner macht darauf aufmerksam, dass man bei Erhalt der Sträucher keine Arten vertreiben, nichts wiederherstellen müsste und keine Ersatzflächen geschaffen werden bräuchten. Er wünscht sich die Mitteilung der genannten Prämissen, und dass darüber gesprochen wird, ob die Sträucher erhalten werden können.

Herr Fellhölter ergänzt, dass Neubaumaßnahmen oftmals zur Beeinträchtigung des Wurzelwerks der Gehölze führen, so dass es effektiver sein kann, einen Ausgleich hinzukriegen als mit viel Aufwand Altes zu erhalten. Es werden zwar Habitate zerstört, die so schnell nicht wieder kommen. Aber das städtische Leben sei ein Kompromiss.

Herr Knopp fragt ob das Regenwassermanagement überhaupt das entscheidende Argument sei. Evtl. hätte man den Grünstreifen unter den Vorgaben des Berliner Regenwassermanagements stehen lassen können. Nur wurde das eben gar nicht durchgerechnet. Auf Alternativen ist nie eingegangen und im BG sind nie Alternativen diskutiert worden. Die angebotenen Ersatzflächen sind erst vor kurzem gerodet worden. Die Aufforstung dort ist sowieso hinfällig.

Herr Hikel bittet wiederholt, sich konstruktiv mit der Neuplanung auseinanderzusetzen und bittet, die Neuplanungen darstellen zu können. Darauf stellt Frau Hokema den neuen Pflanzplan vor. Im Bauabschnitt Ost können auf der Kanalseite wegen der Versickerungsfläche nur punktuell eine Handvoll kleiner Sträucher und Felsenbirnen gepflanzt werden. Auf der Parkseite werden flächenhaft Sträucher dort gepflanzt wo keine Baumkronen sind. Auf der Westseite füllt die Mulde nicht den gesamten Grünbereich aus. Ein schmaler Bereich an der Straße ist überhöht und mit Stahlband abgegrenzt. Hier werden locker kleinere und größere Sträucher gepflanzt. Damit wird der Bestand nicht vollständig wiederhergestellt, aber die mögliche bepflanzbare Fläche wird ausgenutzt. Herr Voskamp ergänzt, dass Fachleute über die Bepflanzung der Mulden z.B. mit Bäumen nicht einig seien. Man hätte jetzt das Maximum an möglicher Strauchbepflanzung ausgereizt. Wie viele Sträucher wegfallen und gegen die Neupflanzungen ersetzt werden sollen sei ihm unbekannt. Mehr Grünfläche sei durch die Neuplanung nicht hinzugekommen.

Er führt aus, die Regenwasserversickerung sei Vorschrift nach § 35 Berliner Wassergesetz (Anm.: Es ist §36a BWG). Eine Ausnahme sei nur mit Genehmigung der Berliner Wasserwerke möglich. Das sei nicht der Fall.

Frau Schmidt zeigt sich verwundert, dass das Regenwassermanagement eine derart große Bedeutung hat. Am Anfang spielten ganz andere Argumente eine Rolle.

Herr Groth: Ziel der Planung sei die Verbesserung des öffentlichen Aufenthaltsbereiches. Es gab am Anfang eine Darstellung der Planung und es gab kein eindeutiges Votum in die eine oder andere Richtung. Grundlage der Entscheidung war letztlich die politische Vorgabe: Behindertengerechte,

sichere und pflegbare Wege. Konsequenz der Entscheidung war die Notwendigkeit einer Regenwasserbewirtschaftung als Auflage durch die Fachämter. Nach Beginn der Realisierung im 1. Bauabschnitt hat sich das Blatt gewendet, weil deutlich wurde, welche Konsequenzen das hat. Deswegen sitzen wir heute hier. Der Verwaltung und Politik war klar, dass etwas geändert werden muss an der Planung. Grundsätzliche Änderung kann aber nicht sein, sondern nur im Rahmen des technisch und fachlich möglichen. Das sei das Ergebnis von heute Abend.

Herr Küstner widerspricht. Es habe Protest nicht erst nach dem Beginn der Baumaßnahmen gegeben.

Herr Fellhölter antwortet auf die Frage nach der Bewässerung: In Berlin fallen 10€/Straßenbaum bei 21.000 Straßenbäumen an. Noch mehr Bewässerung wird nicht funktionieren. Wir können nur grüne Landschaften schaffen, die wir uns auch leisten können.

Eine Anwohnerin fragt nochmals nach einer Alternative, z.B. einen schmaleren Weg, so dass man dann nicht roden muss. Es wird kritisiert, dass auch Fahrradfahrer den befestigten Weg als Rennstrecke benutzen werden. Ähnliche Erfahrung gibt es am Weichselplatz.

Herr Hikel bedankt sich für diesen Hinweis. Das wird das Straßenamt noch beschäftigen. Mit dem modalen Filter wird dem entgegengewirkt und die Straße attraktiver für den Radverkehr. An der Prämisse der Barrierefreiheit soll aber auf jeden Fall festgehalten werden. Das Bekenntnis zur inklusiven Stadt war dem BG damals nicht bekannt. Mit der dezentralen Regenentwässerung führt das zwangsläufig und definitiv zur Rodung der Sträucher. Er führt aus, die Information der Anwohner über Baumaßnahmen muss verbessert werden. Das Gremium muss sich fragen wie künftig Anwohner mitgenommen werden können. Da unterstützt die Verwaltung das BG. Die Frage, ob die geplanten übermäßigen Versiegelungsflächen zugunsten ausgedehnterer Grünflächen zurückgenommen werden könnten wurde verneint. Versiegelungsflächen und Grünflächen sollen wie geplant realisiert werden. Die neue Regenwasserverordnung sei tatsächlich erst im letzten Jahr verabschiedet worden. Vor 3 Jahren hat man so geplant. Inzwischen hat sich der Diskussionstand verändert. Aber Verwaltung muss irgendwann entscheiden und Änderungen im Bauprozess sind eine unlösbare Herausforderung. Zu Änderungen im möglichen Bereich ist man jedoch bereit.

Herr Hikel kritisiert, dass die neuen Planänderungen nicht im Detail vorgestellt und diskutiert werden konnten. Er bietet an, im August wiederzukommen um das nachzuholen und bittet um konstruktive Diskussion.

Zu einer Stellungnahme des Bürgermeisters über die AV kam es nicht.

TOP 4 Termine

Als Nächster Termin wurde Montag, der 22.07.19, Richardstraße 5, 19.00 Uhr vereinbart.

Als TOP's für die Juli-Sitzung werden vorgeschlagen:

1. Abstimmung der Protokolle von April, Mai und Juni 2019
2. Finanzielle Ressourcen und wie man die beschafft/ Kriterien der Mittelverwendung
3. Vorlage der Bauverträge mit der Firma StraBe/ Bericht über mögliche Konzessionsstrafen
4. Möglichkeit, Bürger mittels Plakate zu informieren und die Sanierungszeitung Karlson auch außerhalb des Sanierungsgebietes zuzustellen

Auf die August Sitzung wird verschoben:

1. Stellungnahme des Bürgermeisters zu dem Brief „Beschwerde über die Nicht-Anwendung der AV“ vom 21. April 2019

Zusatz: Kritik durch Anwohner

Neue und alte Gäste reden sich während der Sitzung immer wieder ihren Unmut vom Herzen. Es wird auf den Bayerischen Volksentscheid „Rettet die Bienen“ verwiesen und die Bewegung Fridays for future, und dass man schon viel weiter sei im Denken. Die geplante Sanierung sei rückwärtsgewandt, fördere die Aufheizung im Sommer, schädige das Mikroklima und führe nicht zu einer Auf- sondern zu einer Abwertung. Naturchaos ist positiv für Vielfalt im Gegensatz zu der entstehenden Betonwüste. Es wurde wiederholt bemängelt, dass es keinerlei Pflege in der Vergangenheit gab und dass keine Liste der vorhandenen Pflanzen und Tiere erstellt wurde.

Es wird kritisiert dass Stimmen, die sich bei der Bürgerbeteiligung 2016 und 2017 gegen die Rodung aussprachen von der Verwaltung ignoriert wurden. Selbst die Fraktion der CDU hätte sich inzwischen für den Erhalt des Grünstreifens ausgesprochen.

Die Informationspolitik der Verwaltung wird kritisiert, die verbessert werden muss bevor man von Beteiligung spricht. Ohne die Informationen (Aushänge u.ä.) der Kiezmeizen Initiative wären die meisten nicht informiert und wüssten auch nichts von dieser Veranstaltung.

Die Planungen entsprächen einer Kleingartenmentalität. Wildes Grün wird immer noch nicht genügend geschätzt. Die Geisteshaltung, dass der Mensch alles durchplant richte sich nun gegen ihn. Es sei ein Umdenken nötig.

Das Grün sei antidepressiv, die Sanierungsmaßnahmen sind depressionsfördernd. Die Grüne Wand erzeugt das Gefühl von Landschaft ohne Autos. Es wird viel verloren gehen über lange Jahre. Wir können Grünerhalt nicht mehr vertagen, sondern müssen ausbauen.

Unverständnis erzeugt die starre Haltung der Verwaltung. Planung sei ein dynamischer Prozess, wo bei der Feststellung von negativen Folgen einer Planung auch wieder von vorne angefangen wird. Mit dem Argument des Regenwassermanagements verweigert man sich einer kompletten Umplanung, obwohl dies gar nicht das Hauptargument ist.

Berlin, 11.07.2019

Verteiler

Teilnehmer

BG Mitglieder